

Thomas Raithel | Niels Weise

# »Für die Zukunft des deutschen Volkes«

Das **bundesdeutsche**  
**Atom- und Forschungsministerium**  
zwischen Vergangenheit und Neubeginn  
1955–1972



Wallstein

Thomas Raithel und Niels Weise  
»Für die Zukunft des deutschen Volkes«  
*Das bundesdeutsche Atom- und Forschungsministerium  
zwischen Vergangenheit und Neubeginn 1955–1972*



Thomas Raithel und Niels Weise

»Für die Zukunft  
des deutschen Volkes«

*Das bundesdeutsche  
Atom- und Forschungsministerium  
zwischen Vergangenheit und Neubeginn  
1955 – 1972*



WALLSTEIN VERLAG

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

Leibniz Institute  
for Contemporary History

**Institut für  
Zeitgeschichte**  
München-Berlin

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im  
Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2022

[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Stempel Garamond

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Umschlagbild: Das Bundesministerium für Atomfragen im ehemaligen Hotel  
»Godesberger Hof«, Eingangsseite (1956, Foto: Heinz Engels, Stadtarchiv und  
Stadthistorische Bibliothek Bonn, zugeschnitten);

zur Baugeschichte vgl. Buchseite 11.

Das Zitat im Titel findet sich in Texten der Forschungsminister Hans Lenz  
und Gerhard Stoltenberg aus den Jahren 1964 und 1965.

Nachweis und Kontextualisierung siehe Buchseite 171.

ISBN (Print) 978-3-8353-5075-5

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4807-3

# Inhalt

Vorwort . . . . .	7
I. Einleitung . . . . .	9
1. Das Atom- und Forschungsministerium . . . . .	11
2. Forschungskontexte und Forschungsfragen . . . . .	17
3. Der Begriff der »NS-Belastung« . . . . .	29
4. Ansatz und Aufbau der Studie . . . . .	39
5. Quellen . . . . .	41
II. Aufbau eines neuartigen Ministeriums: institutionengeschichtlicher Überblick . . . . .	45
1. Vorgängerinstitutionen in der NS-Zeit . . . . .	45
2. Die umstrittene Gründung des Bundesministeriums für Atomfragen . . . . .	66
3. Vom Atom- zum Forschungs- und zum Bildungsministerium	86
4. Karrierewege des Führungspersonals . . . . .	134
III. Der historische Ort der eigenen Politik: Diskursgeschichte der ministeriellen Außendarstellung	159
1. Perspektive »Zukunft« . . . . .	163
2. Der Wandel der Gegenwart . . . . .	175
3. Bezüge zur Vergangenheit . . . . .	192
4. Resümee . . . . .	196
IV. Summe der personellen NS-Belastungen: prosopographische Profile . . . . .	201
1. NS-Mitgliedschaften: statistische Analyse des ministeriellen Führungspersonals . . . . .	201
2. Kurzbiographien der ministeriellen Spitze . . . . .	221
3. Kategorien personeller NS-Belastung: die Situation im Ministerium . . . . .	244
4. Ehemalige NSDAP-Mitglieder und personelle NS-Belastungen in der frühen Deutschen Atomkommission	271

V. Systemübergreifende Karrieren – systemübergreifendes Funktionieren von Eliten: biographische Detailskizzen . . .	285
1. Josef Brandl (1901–1991), Referats- und stellvertretender Gruppenleiter . . . . .	287
2. Wolfgang Cartellieri (1901–1969), Abteilungsleiter und Staatssekretär . . . . .	333
3. Max Mayer (1913–2005), Abteilungsleiter . . . . .	350
4. Walther Schnurr (1904–mindestens 1982), Gruppen- und Abteilungsleiter . . . . .	366
5. Karl-Heinz Spilker (1921–2011), persönlicher Referent des Ministers und Referatsleiter . . . .	390
6. Synthese . . . . .	411
VI. Resümee: Das Atom- und Forschungsministerium zwischen Vergangenheit und Neubeginn . . . . .	423
 Anhang	
1. Organigramme des Atom- und Forschungsministeriums . . .	435
2. Das untersuchte ministerielle Führungspersonal: biographische Basisdaten und spezifische archivalische Quellen . . . . .	438
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	444
Verzeichnis der Abbildungen, Diagramme und Tabellen . . .	448
Quellenverzeichnis . . . . .	450
Literaturverzeichnis . . . . .	459
Personenregister . . . . .	489

*Beide Autoren haben bei Recherchen, Konzeption, Thesenbildung und Textredaktion in engem Austausch gestanden. Von Thomas Raithel stammen die Kapitel I, III, IV.3, V.3 und V.6 sowie VI, von Niels Weise die Kapitel II sowie IV.1-2 und IV.4. In den Kapiteln V.1-2 und V.4-5 war N. Weise für die Lebensabschnitte bis zum Kriegsende 1945 zuständig, Th. Raithel für die Abschnitte ab Kriegsende.*

# Vorwort

Diese Studie geht zurück auf eine Anregung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und wurde von diesem gefördert. Sie steht im Kontext der neueren »Aufarbeitungsforschung«, die sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bundesdeutscher Institutionen und ihren fortwirkenden NS-Belastungen in der Nachkriegszeit beschäftigt. Da das 1955 gegründete Bundesministerium für Atomfragen keine direkte Vorläuferbehörde in der NS-Zeit besaß, müssen viele Fragen breiter gestellt werden als bei den meisten anderen bundesdeutschen Ressorts. Der in der neuesten Forschung erkennbare Trend, das Thema »NS-Belastung« in größere inhaltliche und zeitliche Zusammenhänge von Kontinuität und Diskontinuität einzubetten, wird daher in unserem Buch in besonderer Weise akzentuiert. Der vorliegenden Arbeit, die einen institutionen- und personengeschichtlichen Schwerpunkt besitzt, wird sich in Kürze ein wissenschaftsgeschichtlich ausgerichteter Sammelband anschließen.

Als Autoren sind wir, wie immer bei umfangreichen geschichtswissenschaftlichen Projekten, einer Vielzahl von Menschen zu Dank für Hilfen, Informationen und Anregungen verpflichtet. Aus unserem Forschungsumfeld im Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) sollen mit Dorothea Wohlfarth und Silvia Wasmaier an erster Stelle die beiden Hilfskräfte genannt werden, die nacheinander mit großem Einsatz an unseren Recherchen mitgewirkt haben. Franziska Meier und Moritz Herzog-Stamm unterstützten uns jeweils für kürzere Zeit im Rahmen ihres Praktikums am IfZ. Die vorliegende Studie profitierte auch davon, dass Daniela Hettstedt unser Projektteam seit dem Jahr 2019 verstärkt hat, um sich vorrangig dem Sammelband zu widmen. Erwähnung finden sollen schließlich auch Margaretha Bauer, Malte Müller und Irina Stange, die als Elternzeitvertretung und als Hilfskräfte an der Erstellung der für unsere Arbeit grundlegenden Machbarkeitsstudie beteiligt waren. Unter den weiteren (aktiven und ehemaligen) IfZ-Kolleginnen und Kollegen, die uns mit Fachwissen unterstützt haben, seien Giles Bennett, Carlos Alberto Haas, Christian Hartmann, Johannes Hürter, Nadia Labadi, Eva Oberloskamp und Thomas Schlemmer hervorgehoben. Beata Lakeberg danken wir für Übersetzungen aus dem Polnischen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IfZ-Bibliothek für stete Hilfs- und Kooperationsbereitschaft. Im Vorfeld und während der Drucklegung war uns der IfZ-

Lektor Günther Opitz eine sehr große Hilfe. Ebenso danken wir Ursula Kömen vom Wallstein Verlag für die Betreuung der Arbeit während des Druckprozesses.

Wissenschaftler und Archivare, auch von außerhalb des IfZ, haben uns in Einzelfragen wichtige Hinweise gegeben oder uns erlaubt, noch unveröffentlichte Manuskripte einzusehen: Besonders genannt seien Lukas Alex, Stephan Geier, Philipp Glahé, Helge Heydemeyer, Walter Hirschmann, Rouven Jannek, Bernhard Löffler, Christian Marx, Dieter Pohl, Bernd-A. Rusinek, Thomas Sandkühler, Florian Schmaltz, Alexander von Schwerin, Helmuth Trischler, Jens Westemeier und Hans-Peter-Wollny. Miłosz Grobelny hat uns einen in Deutschland schwer zugänglichen Zeitschriftenartikel zukommen lassen.

Dank schulden wir auch unseren Familien. Die Vereinbarung von wissenschaftlicher Arbeit und Familie ist uns vor allem in den beiden zurückliegenden Pandemie Jahren oftmals schwer gefallen.

München, März 2022

Thomas Raithel und Niels Weise

»Die sorgfältige Lektüre des vorliegenden Jahresberichtes wird dem Leser zeigen, daß der Bund bestrebt ist, durch eine dem dynamischen Fortschritt von Wissenschaft und Technik angemessene Forschungsförderung ausreichend Vorsorge für die Zukunft des deutschen Volkes zu treffen.«

(Gerhard Stoltenberg, *Bundesminister für wissenschaftliche Forschung*, 1966<sup>1</sup>)

## I. Einleitung

Vergangenheit und Neubeginn, Kontinuität und Diskontinuität – diese historischen Grundspannungen prägten die Geschichte Deutschlands nach 1945. Dies gilt in besonderer Weise für die frühe Bundesrepublik, die den räumlichen und zeitlichen Rahmen unserer Studie bildet. Nach über 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur und nach einer fast vierjährigen Übergangsphase alliierter Besatzungsherrschaft stellte die Entstehung eines demokratisch verfassten westdeutschen Teilstaates ebenso ein Element der Diskontinuität dar wie der wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Neuaufbruch der Nachkriegszeit. Gleichzeitig sind aber auch zahlreiche Kontinuitäten unverkennbar. Die Deutschen und ihre Eliten konnten nicht einfach ausgetauscht werden. In Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur hat es deshalb nie eine »Stunde Null«<sup>2</sup> gegeben. Prägungen aus der NS-Zeit blieben vielfach bestehen, aber auch längerfristige Kontinuitäten, die bis in die Weimarer Republik, in das Deutsche Kaiserreich und noch weiter zurück in die Geschichte reichten, waren – oder wurden wieder – wirksam. Die Präsenz von und die Auseinandersetzung mit Vergangenheit waren in der Zeit nach 1945 daher keineswegs allein auf

1 Gerhard Stoltenberg, [Vorwort], in: Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, in: *Deutsche Politik* 1965, S. 305f., hier S. 306.

2 Zum Bedeutungsgehalt und zur Verbreitung dieser ursprünglich aus dem literarischen Feld stammenden Metapher vgl. Christoph Kleßmann, 1945 – welthistorische Zäsur und »Stunde Null«, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 15.10.2010, [docupedia.de/zg/klessmann\\_1945\\_v1\\_de\\_2010](https://docupedia.de/zg/klessmann_1945_v1_de_2010) [20.11.2021], S. 5–7. – Generell zur west- bzw. bundesdeutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1970er Jahre vgl. v.a. Petra Weber, *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90*, Berlin 2020, Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 549–883.

die Epoche des Nationalsozialismus bezogen, wemgleich der NS-Zeit besonderes Gewicht zukam.

In diesem Spannungsfeld stand auch der Wiederaufbau staatlicher Institutionen in beiden deutschen Staaten. In Geschichtswissenschaft und politischer Öffentlichkeit wurde in jüngster Zeit intensiv über die Frage diskutiert, in welchem Maße sich die frühe Bundesrepublik und DDR auf ein durch die NS-Herrschaft politisch und moralisch belastetes Personal stützten und inwieweit und wie lange institutionelle und mentale Strukturen der nationalsozialistischen Epoche wirksam blieben. Diese Frage bildete auch den Impuls für die vorliegende Arbeit zum bundesdeutschen Atom- und Forschungsministerium.<sup>3</sup> Die Untersuchung wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung angefertigt und baut auf einer 2015 publizierten Machbarkeitsstudie auf.<sup>4</sup> Die Leitfrage nach Vergangenheitsbezug und Neubeginn, welche die spezifische Frage nach den NS-Belastungen einschließt, steht im Mittelpunkt unserer Analyse. Der Untersuchungszeitraum im engeren Sinne beginnt 1955, dem Jahr der Gründung des Bundesministeriums für Atomfragen. Er reicht bis ins Jahr 1972, als ein markanter politischer und gesellschaftlicher Umbruch im Gange war. Die Ende 1972 vorgenommene Teilung des damaligen Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft in ein Ressort für Bildung und Wissenschaft und ein Ressort für Forschung und Technologie steht auch in diesem Kontext. Über den engeren Untersuchungszeitraum hinaus sind – insbesondere in biographischer Hinsicht – immer wieder auch Rückblenden erforderlich. Umgekehrt ist vereinzelt der Blick auch zeitlich nach vorne zu richten, etwa wenn es um die spätere Thematisierung der NS-Belastungen von Personen geht, die in der Zeit von 1955 bis 1972 dem Atom- und Forschungsministerium in führender Position angehörten.

3 Im Folgenden ist für die Zeit bis 1962 meist generalisierend vom »Atomministerium« die Rede, für die Zeit ab 1962 vom »Atom- und Forschungsministerium«, wobei die kurze, in den Untersuchungszeitraum fallende Phase erster Zuständigkeiten im Bildungsbereich (1969–1972) subsumiert wird.

4 Thomas Raithel, Machbarkeitsstudie: Vorgeschichte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bzw. seiner Vorgängerinstitutionen, unter Mitarbeit von Margaretha Bauer, Irina Stange und Malte Müller, Ms. München 2015. An einzelnen Stellen erfolgen auch wörtliche Übernahmen.

## 1. Das Atom- und Forschungsministerium

Gut zehn Jahre nach dem Ende des NS-Regimes und knapp sechseinhalb Jahre nach Entstehung der Bundesrepublik Deutschland wurde im Oktober 1955 das Bundesministerium für Atomfragen gegründet. Zum ersten »Atomminister« bestimmte Bundeskanzler Konrad Adenauer den aufstrebenden 40-jährigen CSU-Politiker Franz Josef Strauß, der bereits seit 1953 ein – extrem kleines, fachlich unspezifisches und primär koalitionspolitisch motiviertes – »Bundesministerium für besondere Aufgaben« geleitet hatte.

Das neue Ministerium bezog ein ehemaliges Hotel am Rheinufer in Bad Godesberg. Der 1895 erbaute »Godesberger Hof«, sein ursprünglicher Name war »Kaiserkrone« gewesen, hatte den wilhelminischen Charakter infolge eines von den Architekten Eugen Blanck und Walter Kratz konzipierten Umbaus in den Jahren 1949 und 1950 völlig verloren. Er wirkte nun wie ein funktionaler, »amerikanisierter« Neubau der frühen Bundesrepublik (s. Titelbild und Abb. 1).<sup>5</sup> Nachdem das Gebäude zeitweise der US-amerikanischen Hochkommission als »Gästehaus« gedient hatte,<sup>6</sup> fiel es 1954 in Bundesbesitz. Bis zum Umzug in ein neu errichtetes Hochhaus im Jahr 1968<sup>7</sup> war das Atom- und Forschungsministerium an diesem Ort untergebracht – ein durchaus symbolträchtiger Ort, der Vergangenheit und Neubeginn auch in seiner Baugeschichte verkörperte.

Die Gründung eines Atomministeriums, mitten in der zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, erklärt sich zum einen aus der deutschlandpolitischen Situation des Jahres 1955. Am 5. Mai 1955 waren die Pariser Verträge in Kraft getreten, die im Oktober 1954 zwischen den westlichen Siegermächten, einigen weiteren westlichen Staaten und der Bundesrepublik geschlossen worden waren. Der westdeutsche Staat erhielt nun weitgehende Souveränitätsrechte, und er gewann damit auch auf dem Feld der Atomforschung und Atompolitik, auf dem bislang massive alliierte Restriktionen geherrscht hatten, neuartige Spielräume. Schon seit längerem hatte es innen- bzw. wissenschaftspolitische Bemühungen ge-

5 Zur Geschichte des Gebäudes vgl. H.S. [Herbert Strack], Das Hotel Godesberger Hof am Rheinufer, in: Godesberger Heimatblätter 33 (1995), S. 131–133; Helmut Vogt, Wächter der Bonner Republik. Die Alliierten Hohen Kommissare 1949–1955, Paderborn u.a. 2004, Bildteil, Nr. 11 f.; ebenda eine photographische Gegenüberstellung der wilhelminischen Hotelrückseite und des Aussehens nach dem Umbau sowie die Wendung »Amerikanisierung« eines Hotels«.

6 Vgl. ebenda, S. 103.

7 Zum Neubau im Bonner Tulpenfeld vgl. unten S. 198f. (mit Abb. 5).



*Abb. 1: Das Bundesministerium für Atomfragen im ehemaligen Hotel »Godesberger Hof«, Rheinseite 1956 (zur Vorderseite s. Titelbild).*

geben, diese Spielräume auch zu nutzen und eine eigenständige bundesdeutsche Atompolitik zu entwickeln. Dass daraus auch ein eigenes Ministerium entstehen sollte, hing auch mit den trans- und internationalen Kontexten zusammen.

Zum anderen machte sich Mitte der 1950er Jahre auch in der politischen und gesellschaftlichen Elite der Bundesrepublik eine transnationale Atom euphorie breit. Einen wichtigen Impuls hierfür gab die von den Vereinten Nationen organisierte erste Genfer Atomkonferenz, an der im August 1955 etwa 1.500 Vertreter von über 70 Staaten teilnahmen. Darunter befand sich auch eine bundesdeutsche Delegation, angeführt vom Entdecker der Uranspaltung, dem Kernchemiker und Nobelpreisträger Otto Hahn.<sup>8</sup>

8 Vgl. Joachim Radkau, *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse*, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 82f.; Wolfgang D. Müller, *Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: *Anfänge und Weichenstellungen*, Stuttgart 1990, S. 10; Peter Fischer, *Atomenergie und staatliches Interesse. Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955*, Baden-Baden 1994, S. 232–237. Vgl. auch den Zeitzeugenbericht von

Wie bereits in der berühmten »Atoms for Peace«-Rede des US-amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower im Dezember 1953<sup>9</sup> war die zivile Nutzung der Kernenergie ein zentrales Thema. Die »magic words ›atomic energy‹«, von denen 1955 der Konferenzbericht eines US-amerikanischen medizinischen Fachblatts sprach,<sup>10</sup> gewannen von Genf aus weltweite Resonanz. Dabei ging es nicht allein um die energiepolitischen Potentiale der Nukleartechnologie, sondern auch um ihre industriellen und medizinischen Anwendungsmöglichkeiten. Die Fortschritte, die insbesondere die »Atommächte« USA, Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien seit Ende des Zweiten Weltkriegs (auch) im Bereich der zivilen Nutzung der Kernenergie erzielt hatten, ließen auf bundesdeutscher Seite die Furcht vor einem der eigenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung schädlichen »Rückstand« wachsen.<sup>11</sup> Dies wiederum erhöhte den atompolitischen Druck auf die Regierung Adenauer. Inwieweit dabei auch militärische Hintergedanken eine Rolle spielten, wird in der Forschung weiterhin kontrovers beurteilt.<sup>12</sup>

Auf den innenpolitisch und insbesondere auch innerhalb des Bundeskabinetts umstrittenen Gründungsprozess des Atomministeriums wird an späterer Stelle (Kap. II.2) genauer eingegangen, ebenso auf die sukzessive und nicht immer geradlinige fachliche Erweiterung hin zu einem Forschungs- und ansatzweise Ende der 1960er Jahre auch Bildungsressort (Kap. II.3). Diese Entwicklung spiegelte sich in den wechselnden Namen des Ministeriums: »Bundesministerium (BM) für Atomfragen« 1955 bis 1957, »BM für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft« 1957 bis 1961, »BM für Atomkernenergie« 1961 bis 1962, »BM für wissenschaftliche Forschung« 1962 bis 1969 und »BM für Bildung und Wissenschaft« 1969 bis

Karl Winnacker, Nie den Mut verlieren – Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie, Düsseldorf <sup>2</sup>1974, S. 307–313.

- 9 Zu Inhalt und Kontexten der Rede vgl. Fischer, Atomenergie und staatliches Interesse, S. 103–109; Müller, Geschichte, Bd. I, S. 4–7; Christoph Wehner, Die Versicherung der Atomgefahr. Risikopolitik, Sicherheitsproduktion und Expertise in der Bundesrepublik Deutschland und den USA 1945–1986, Göttingen 2017, S. 56–58.
- 10 The Geneva Conference on Peaceful Uses of Atomic Energy, in: American Journal of Public Health and Nation's Health 45 (1955), S. 1481–1482, hier S. 1481, [www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1623261](http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1623261) [15.12.2021].
- 11 Müller, Geschichte, Bd. I, S. 8, spricht von einem »Rückstand-Schock«. Ausführlich zum Rückstandstopos vgl. unten S. 177–183.
- 12 Vgl. unten S. 69.

1972, dem Ende unseres Untersuchungszeitraums, der auch mit der bis 1994 währenden Teilung des Ministeriums<sup>13</sup> zusammenfällt.

Das Atom- und Forschungsministerium der Jahre 1955 bis 1972 stellte in mehrfacher Hinsicht ein besonderes Ministerium dar:

- Im internationalen Vergleich handelte es sich bei der Schaffung eines eigenen Ministeriums für Fragen der zivilen Nutzung der Kernenergie – sieht man von dem sowjetischen Ministerium für Nukleartechnik und Nuklearindustrie ab<sup>14</sup> – weitgehend um einen singulären Vorgang. Analoge Aufgaben waren und sind in anderen Staaten eher im Rahmen breiter zugeschnittener Forschungs- und Energieministerien oder auf der Ebene hoher nationaler Behörden angesiedelt.
- In institutionengeschichtlicher Perspektive ist der Umstand von Bedeutung, dass es im Gegensatz zu den meisten anderen bundesdeutschen Ressorts<sup>15</sup> während der NS-Zeit keine unmittelbare ministerielle Vorgängerinstitution des Atomministeriums gegeben hat und angesichts des neuartigen fachlichen Schwerpunkts der zivilen Nutzung der Kernenergie auch nicht geben konnte. Erst wenn man den Fokus weiter fasst und – entsprechend der Entwicklung des Ministeriums in den 1960er Jahren – den breiteren Bereich der technisch-naturwissenschaftlichen Forschung betrachtet, lässt sich in den Jahren 1933 bis 1945 ein ministerieller Vorgänger erkennen, der fachlich gewisse Analogien aufweist. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RMWEV) hatte allerdings einen sehr viel weiteren Zuschnitt.<sup>16</sup> Eine auf Technik- und Naturwissenschaften bezogene Forschungspolitik besaß hier lediglich einen begrenzten, wenn auch nicht zu unterschätzenden Stellenwert. Obwohl das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1939 die Konzentration der frühen deutschen Atomforschung im »Uranverein« initiiert hatte, konnte es auf diesem Feld keine bleibende Zuständigkeit erlangen. In personeller Hinsicht

13 Neben dem BM für Bildung und Wissenschaft entstand das BM für Forschung und Technologie.

14 Dieses Ministerium besaß allerdings eine »militärisch-zivile Doppelfunktion«; Stefan Guth, Atomstaat Russland, in: Religion und Gesellschaft in Ost und West 4 (2016), S. 24–27, hier S. 24.

15 Dies gilt v.a. für die klassischen Ressorts wie Inneres, Äußeres, Finanzen, Wirtschaft etc. Weitere »vorgängerlose« Ministerien waren in den 1950er Jahren z.B. das Vertriebenenministerium und das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen.

16 Vgl. Anne C. Nagel, Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945, Frankfurt a.M. 2012. Genauer zum RMWEV vgl. unten S. 46–54.

- lässt sich zwischen dem »Reichserziehungsministerium« (so die zeitgenössisch geläufige Titulierung) und dem bundesdeutschen Atom- und Forschungsministerium keinerlei Kontinuität erkennen.
- Im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Ministerien der 1950er Jahre war das Atomressort eine Spätgründung. Dies ist in personalpolitischer Hinsicht von erheblicher Bedeutung, da das Atom- und Forschungsministerium bis in die frühen 1960er Jahre einen Großteil seiner neuen Beamten von anderen Bundesministerien übernahm.
  - Eine weitere personalpolitische Besonderheit resultierte aus dem technisch-naturwissenschaftlichen Ansatz des Ministeriums, der sich mit der Erweiterung seiner Zuständigkeiten auf die Raumfahrt Anfang der 1960er Jahre noch verstärkte: Neben Juristen stellten auch Techniker und Naturwissenschaftler einen signifikanten Anteil am (sehr lange Zeit ausschließlich männlichen) Führungspersonal.<sup>17</sup>
  - Zuletzt ist noch auf den besonders starken und expliziten Zukunftsbezug zu verweisen, den in den 1950er und 1960er Jahren kein anderes Bundesministerium aufwies. Der Ausbau der zivilen Nutzung der Atom- bzw. Kernenergie,<sup>18</sup> mit der sich weltweit geradezu utopische Erwartungen verbanden, galt bundesdeutschen Politikern parteiübergreifend als zentrale Aufgabe für die nationale Zukunft. Auch die ministerielle Zuständigkeit für die Weltraumforschung und die – noch kaum existente – Raumfahrt besaß in den 1960er Jahren eine starke Zukunftskonnotation. »Für die Zukunft des deutschen Volkes«, diese Formel

17 Die einzige Frau, die nach den unten S. 40 erläuterten Kriterien zur näher betrachteten Untersuchungsgruppe gehört, ist die von 1969 bis 1972 im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft amtierende parlamentarische Staatssekretärin Hildegard Hamm-Brücher. Die erste Frau, die ein Referat leitete, war seit Mai 1970 Renate Musso; wegen ihres Geburtsjahrgangs (1932) gehört diese allerdings nicht zur Untersuchungsgruppe.

18 Beide Begriffe sowie andere Komposita von »Atom-« und »Kern-« wurden zeitgenössisch zunächst weitgehend synonym verwendet; zudem war bald – wie von 1957 bis 1962 auch im Namen des Ministeriums – die Verbindung »Atomkernenergie« üblich. Die im Fachdiskurs zu registrierende Bevorzugung von »Kernenergie« – die wohl auch dazu diente, die Nähe zum Begriff »Atombombe« zu vermeiden – lässt sich in unserem Quellenmaterial seit Ende der 1950er Jahre erkennen. In den 1970er Jahren wurde diese Entwicklung, die sich auch als »Verfachlichung des Sprachgebrauchs« kennzeichnen lässt, von der Atomlobby verstärkt. Vgl. Matthias Jung, Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie, Opladen 1994, S. 82–87, Zitat S. 86. – Die vorliegende Untersuchung verwendet »Atom-« und »Kern-« ohne semantische Differenzierung parallel.

prägte Mitte der 1960er Jahre die ministeriellen Vorworte für die Jahresberichte des Ministeriums.<sup>19</sup> Die Zukunftsorientierung stand in einem markanten und vielleicht auch dialektischen Gegensatz zur vielfältigen Präsenz der Vergangenheit, für die der eben zitierte traditionelle Volksbegriff, der weit in die Zeit vor 1933 zurückreicht,<sup>20</sup> ein Beleg unter vielen ist. Präsent waren auch die Folgen der NS-Zeit, wenngleich oft eher in impliziter, nicht öffentlich thematisierter Form. Das Spannungsverhältnis zwischen Vergangenheit, Gegenwart und (gedachter bzw. projektierter) Zukunft bildet insgesamt einen wichtigen Aspekt unseres Themenfeldes (vgl. Kap. III).

Zu Beginn dieser Arbeit ist schließlich auch darauf hinzuweisen, dass das Atom- und Forschungsministerium der 1950er und 1960er Jahre in seiner politischen Bedeutung nicht überschätzt werden darf. Diese Feststellung mag im Rahmen einer Studie, die sich ausführlich mit diesem Ministerium beschäftigt, überraschend klingen. Sie ist aber notwendig, um falschen Erwartungen, die sich mit unserer Studie verbinden könnten, entgegenzutreten. Die Fragen nach dem generellen Stellenwert der Atompolitik in der frühen Bundesrepublik, nach der Bedeutung militärischer Überlegungen oder gar Ziele und nach diesbezüglichen Kontinuitätslinien aus der NS-Zeit lassen sich mit Blick auf das Atom- und Forschungsministerium kaum beantworten. Dieses Ministerium war in seinem Agieren ein relativ kleines und fachlich beschränktes Ressort. Seine Hauptenergie war darauf gerichtet, der bundesdeutschen Atomforschung und Atomwirtschaft sowie dann in den 1960er Jahren weiteren »Zukunftstechnologien« den für notwendig gehaltenen Anschlag zu geben, gewisse – damals auf sehr niedrigem Niveau gedachte – Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten und gleichzeitig für eine Akzeptanz in der Bevölkerung zu werben.

Ein politisches Grundproblem lag darin, dass die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Atomwirtschaft fließend sind und dass der Schritt von der zivilen zur militärischen Nutzung der Kernenergie zumindest als Option ab einer bestimmten Größenordnung kaum auszuschließen ist. Bei den führenden Atommächten der 1950er und 1960er Jahre – den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritannien – war die Vermengung beider Felder ohnehin offenkundig, zumal der technologische

<sup>19</sup> Vgl. unten S. 171 f.

<sup>20</sup> Zur Geschichte des komplexen Volksbegriffs und insbesondere zu seiner dominant werdenden ethnisch-ganzheitlichen Bedeutung vgl. Jörn Retterath, »Was ist das Volk?« Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917–1924, Berlin 2016, S. 33–40.

Impuls dort, ebenso wie einst im Uranprojekt des NS-Regimes, von den militärischen Möglichkeiten ausgegangen ist. Zur Beurteilung der frühen bundesdeutschen Atompolitik einschließlich ihrer außenpolitischen Instrumentalisierung muss der Betrachtungsrahmen daher sehr viel weiter als in unserer Studie gespannt werden. Einzubeziehen wären – wie dies in den neueren Arbeiten von Geier und Hanel auch geschieht<sup>21</sup> – das Bundesverteidigungsministerium, das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt bzw. die Person Adenauers. Dies wäre dann aber ein anderes Thema.

## 2. Forschungskontexte und Forschungsfragen

Die Literaturlage, auf die sich die vorliegende Arbeit stützen kann, ist in kontextueller Hinsicht überaus breit, im eigentlichen thematischen Kernbereich allerdings sehr eng. Die Institutionen- und Wissenschaftsgeschichte des Atom- und Forschungsministeriums ist bislang nur unzureichend erforscht. Einen kurzen, immer noch hilfreichen Abriss über die Entwicklung des Ministeriums bis Ende der 1960er Jahre hat bereits 1969 Johannes Sobotta gegeben, der damals selbst Referent im damaligen Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung war.<sup>22</sup> Inzwischen besitzt seine Arbeit bereits selbst den Charakter einer historischen Quelle. Danach dauerte es Jahrzehnte, bis sich erste Studien mit dem Ministerium auseinandersetzten. Die sozialwissenschaftliche Arbeit von Andreas Stucke aus dem Jahr 1993 zu System, Struktur und Institutionen der bundesdeutschen Forschungspolitik konzentriert sich auf das BMBF und seine Vorgängerinstitutionen, bleibt jedoch in Vielem sehr abstrakt und geht nicht auf die Frage langfristiger Kontinuitäten deutscher Forschungspolitik ein.<sup>23</sup> Eine Synthese der bisherigen Kenntnisse über die Entwicklung und Politik des Atom- bzw. Forschungsministeriums vermittelt ein Sam-

21 Stephan Geier, *Schwellenmacht. Bonns heimliche Atomdiplomatie von Adenauer bis Schmidt*, Paderborn 2013; Tilmann Hanel, *Die Bombe als Option. Motive für den Aufbau einer atomtechnischen Infrastruktur in der Bundesrepublik bis 1963*, Essen 2015.

22 Johannes Sobotta, *Das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung*, Bonn 1969. Dr. phil. Johannes Sobotta (22.10.1918–?) gehörte dem Ministerium seit 1964 an und war zum Zeitpunkt der Publikation Leiter des Referats II A 6 »Gesamtdeutsche Wissenschaftsfragen«. Quellengrundlage Sobotta siehe Anhang 2.

23 Andreas Stucke, *Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums*, Frankfurt a.M. 1993.

melband, der 2005 zum 50-jährigen Gründungsjubiläum von Peter Weingart und Niels C. Taubert herausgegeben wurde.<sup>24</sup> Die dort publizierten Beiträge bieten Schlaglichter auf die Entwicklung und Aufgabfelder des Ressorts.<sup>25</sup> Eine wissenschaftliche Gesamtgeschichte des Ministeriums ist bislang nicht vorgelegt worden – und auch unsere Studie mit ihrer spezifischen Fragestellung hat nicht die Aufgabe, dies zu leisten.

Seit den 1980er Jahren wurde die Rolle des Atom- und Forschungsministeriums auch im Rahmen von breiter angelegten sozial- und geschichtswissenschaftlichen Studien zur Wirtschafts-, Wissenschafts- und Forschungsgeschichte der Bundesrepublik untersucht.<sup>26</sup> Dies gilt insbesondere für die Literatur zur Geschichte der bundesdeutschen Atomwirtschaft und Atompolitik, in der das Atom- und Forschungsministerium als wichtiger Akteur Beachtung fand. Hervorgehoben seien die größeren Studien von Joachim Radkau zur Atomwirtschaft (1983), von Wolfgang Müller zur Geschichte der Kernenergie in den 1950er und 1960er Jahren (1990/95), von Peter Fischer zur Atompolitik bis 1955 und damit auch detailliert zum Gründungsprozess des Atomministeriums (1994) und von Detlev Möller zur Endlagerungsfrage (2009) sowie die beiden neueren Arbeiten zur bundesdeutschen Atompolitik der 1950er bis 1970er Jahre von Stephan Geier (2013) und Tilmann Hanel (2015), die auch auf die Frage ihrer machtpolitischen und militärischen Funktionen eingehen.<sup>27</sup> Spezi-

24 Peter Weingart/Niels C. Taubert (Hrsg.), *Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*, Weilerswist 2006.

25 Vgl. v. a. dies., *Das Bundesministerium für Bildung und Forschung*, in: dies. (Hrsg.), *Das Wissensministerium*, S. 11–32; Joachim Radkau, *Der atomare Ursprung der Forschungspolitik des Bundes*, ebenda, S. 33–63; Johannes Weyer, *Die Raumfahrtspolitik des Bundesforschungsministeriums*, ebenda, S. 64–91; Ernst-Joachim Meusel, *Die Förderung der Großforschung durch das BMBF*, ebenda, S. 144–153; Reimar Lüst, *Zur Forschungspolitik des BMBF im Bereich der Raumfahrt*, ebenda, S. 154–157.

26 Thomas Stamm, *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965*, Köln 1981; Margit Szöllösi-Janze, *Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen, 1958–1980*, Frankfurt a.M. 1990.

27 Radkau, *Aufstieg und Krise*; zeitlich weitergeführte, inhaltlich aber gekürzte Neufassung: ders./Lothar Hahn, *Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft*, München 2013; Müller, *Geschichte*, Bd. 1; ders., *Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2: *Auf der Suche nach dem Erfolg. Die Sechziger Jahre*, Stuttgart 1996; Fischer, *Atomenergie und staatliches Interesse*; Detlev Möller, *Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland. Administrativ-politische Entscheidungsprozesse zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit, zwischen nationaler und internationaler Lösung*,

ell zur atomaren Exportpolitik der 1970er Jahre liegt jetzt die Studie von Dennis Romberg vor.<sup>28</sup> Die historiographische Literatur zur bundesdeutschen Luft- und Raumfahrtforschung und -politik hat sich ebenfalls mit der Politik des Atom- und Forschungsministeriums befasst, so vor allem die zeitlich weitgefassten Monographien von Helmuth Trischler (1992) und Niklas Reinke (2004) sowie mehrere spezielle Aufsätze zur Rolle des Ministeriums in der Raumfahrtspolitik.<sup>29</sup> Die Frage nach NS-Belastungen wird allerdings in keiner der genannten Arbeiten aufgegriffen.

Neben der Literatur zur Atom- und Forschungspolitik bilden auch Arbeiten zur Institutionengeschichte der frühen Bundesrepublik eine wichtige Grundlage für die vorliegende Studie. Lange Zeit war diese Forschung ein eher unterentwickeltes zeitgeschichtliches Feld. Im Hinblick auf die Ausbildung der obersten Bundesorgane blieb die 1984 erschienene Überblickstudie von Udo Wengst lange Zeit das fundamentale Werk.<sup>30</sup> Dies änderte sich erst nach der Jahrtausendwende, als Bernhard Löffler 2002 eine umfangreiche Monographie zum frühen Bundeswirtschaftsministerium vorlegte, die in ihren prosopographischen Teilen auch der Frage

Frankfurt a.M. 2009; Geier, Schwellenmacht; Hanel, Bombe. Zur Frühphase der bundesdeutschen Atompolitik vgl. zudem: Michael Eckert, Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 37 (1989), S. 115–143; Anselm Tiggemann, Die »Achillesferse« der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben, 1955 bis 1985, Lauf an der Pegnitz 2004. Einen deutsch-deutschen Überblick zur Entwicklung der Atomkraft im breiteren Kontext der Energiepolitik gibt jetzt Henning Türk, Treibstoff für Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland, Berlin 2021, v.a. S. 65–84. Nicht mehr einbezogen werden konnte die Studie von Frank Uekötter, Atomare Demokratie. Eine Geschichte der Kernenergie in Deutschland, Stuttgart 2022.

- 28 Dennis Romberg, Atomgeschäfte. Die Nuklearexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1970–1979, Paderborn 2020.
- 29 Helmuth Trischler, Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland, 1900–1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft, Frankfurt a.M. – New York 1992; Niklas Reinke, Geschichte der deutschen Raumfahrtspolitik. Konzepte, Einflussfaktoren und Interdependenzen 1923–2002, München 2004. Daneben sind mehrere Aufsätze zu nennen: Andreas Stucke, Die Raumfahrtspolitik des Forschungsministeriums, in: Leviathan 20 (1992), S. 544–562; sowie Lüst und Weyer (s. Anm. 25).
- 30 Udo Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1984; zur beamtenrechtlichen Dimension vgl. ders., Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtenengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953, Düsseldorf 1988; zu den größeren Kontexten vgl. auch Kurt G.A. Jeserich/Hans Pohl/Georg-Christoph von Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 5: Die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1987.

nach personellen NS-Belastungen nachging.<sup>31</sup> 2016 hat Löffler diesen Ansatz im Rahmen einer breit angelegten Geschichte des Reichs- und Bundeswirtschaftsministeriums vertieft.<sup>32</sup>

Nachdem bereits seit einiger Zeit die Kontinuität von NS-belasteten Eliten sowie die NS-Vergangenheit von Unternehmen diskutiert worden war,<sup>33</sup> rückte in jüngster Zeit die »Aufarbeitung« der nationalsozialistischen Vorgeschichte und der fortwirkenden NS-Belastungen von Ministerien, Parlamenten und anderen staatlichen Institutionen auf Bundes-, Landes- sowie regionaler und kommunaler Ebene in den Mittelpunkt des zeitgeschichtlichen Interesses. Dies verband sich komplementär mit einer Geschichte der bundesdeutschen »Demokratisierung«.<sup>34</sup> Bundes-

- 31 Bernhard Löffler, *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard*, Stuttgart 2002, Abschnitt C: »Das Personal des Bundeswirtschaftsministeriums«, S. 122–216.
- 32 Ders., *Personelle und institutionelle Strukturen des Bundeswirtschaftsministeriums 1945/49 bis 1990*, in: Abelshauser, Werner (Hrsg.), *Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft. Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik*, Berlin – Boston 2016, S. 95–192.
- 33 Zur Elitenkontinuität vgl. z.B. Wilfried Loth/Bernd A. Rusinek (Hrsg.), *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt a.M. 1998; andere, eher die mentalen Brüche betonende Akzente setzt Lothar Gall, *Elitenkontinuität in Wirtschaft und Wissenschaft. Hindernis oder Bedingung für den Neuanfang nach 1945?* Hermann Josef Abs und Theodor Schieder, in: *HZ* 279 (2004), S. 659–676. Vgl. auch die Skizze von Ulrich Herbert, *Wer waren die Nationalsozialisten?* München 2021, S. 241–261, der den fortbestehenden Forschungsbedarf betont (ebenda, S. 243). – Als Beispiel für eine entsprechende Unternehmensgeschichte sei genannt: Jürgen Finger/Sven Keller/Andreas Wirsching, *Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933–1945*, München 2013.
- 34 Ein aktuelles Resümee, das »viele[n] Studien aus dem Bereich der Behördenforschung« den »unreflektierten Erzählmodus einer demokratie- und erinnerungspolitischen Fortschrittsgeschichte« bescheinigt, bietet Annette Weinke, »Alles noch schlimmer als ohnehin gedacht«? Neue Wege für die Behördenforschung, in: *Zeitgeschichte-online*, August 2020, [zeitgeschichte-online.de/kommentar/alles-noch-schlimmer-als-ohnehin-gedacht](http://zeitgeschichte-online.de/kommentar/alles-noch-schlimmer-als-ohnehin-gedacht) [20.11.2021]. Einen detaillierten Überblick bis ins Jahr 2016 geben Christian Mentel/Niels Weise, *Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung*, München – Potsdam 2016; aktualisierte Kurzfassungen: dies., *Die NS-Vergangenheit deutscher Behörden*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67 (14–15/2017), S. 16–21; Niels Weise, *Mehr als »Nazizählerei«*. Die Konjunktur der behördlichen Aufarbeitungsforschung seit 2005, in: Brechtken, Magnus (Hrsg.), *Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium*, Göttingen 2021, S. 386–404. Im Hinblick auf Bundesländer, regionale Institutionen und Kommunen seien exemplarisch angeführt: Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel, *Landespolitik mit*

politische Impulse spielten hierfür eine wichtige Rolle. Inhaltlich ist zu unterscheiden zwischen Forschungen, die sich mit Institutionen der NS-Zeit beschäftigen, und solchen, die sich der frühen Bundesrepublik und den dort fortwirkenden NS-Belastungen widmen. In einigen wenigen Forschungsprojekten werden beide Aspekte auch verbunden. Die frühe Bundesrepublik bildet bislang den zeitlichen Schwerpunkt der Aufarbeitungsforschung, wobei der Akzent primär auf Fragen der personellen NS-Belastung und der behördlichen Personalpolitik liegt.

Entsprechende Studien wurden bislang in der Regel im organisatorischen Rahmen von Auftragsforschung betrieben, was in methodischer und wissenschaftsethischer Hinsicht durchaus kritisch diskutiert wird.<sup>35</sup> Schrittmacher auf der Ebene der Bundesministerien war die umstrittene Studie zum Auswärtigen Amt in der NS-Zeit und in der Bundesrepublik, die im Jahr 2010 von einer internationalen Historikergruppe (Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann) veröffentlicht wurde.<sup>36</sup> Seither sind vier weitere Arbeiten publiziert worden, die

Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive nach 1945, Husum 2017; Nadine Freund, *Teil der Gewalt. Das Regierungspräsidium Kassel und der Nationalsozialismus*, Marburg 2017; Sarah Wilder/Alexander Cramer/Dirk Stolper, *Marburger Rathaus und Nationalsozialismus. Belastung und Reintegration – Die NS-Vergangenheit der Mitglieder der Marburger Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats 1945 bis 1989*, Marburg 2018; Philipp Kratz, *Eine Stadt und die Schuld. Wiesbaden und die NS-Vergangenheit seit 1945*, Göttingen 2019; Uwe Danker (Hrsg.), *Geteilte Verstrickung: Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein*, 2 Bde., Husum 2021.

- 35 Vgl. die abwägende Diskussion in: Frank Bajohr/Johannes Hürter, *Auftragsforschung »NS-Belastung«*. Bemerkungen zu einer Konjunktur, in: Bajohr, Frank/Doering-Manteuffel, Anselm/Kemper, Claudia/Siegfried, Detlef (Hrsg.), *Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik*, Göttingen 2016, S. 221–233; deutlich kritischer: Christian Mentel, *Der kritische Blick auf sich selbst. Zur Verantwortung der historischen Zunft in der Behördenforschung*, in: Böick, Marcus/Schmeer, Marcel (Hrsg.), *Im Kreuzfeuer der Kritik. Umstrittene Organisationen im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2020, S. 139–161.
- 36 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010. Vgl. zur Diskussion Martin Sabrow/Christian Mentel (Hrsg.), *Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit. Eine deutsche Debatte*, Frankfurt a.M. 2014; zusammenfassende Analysen in: Magnus Brechtken, *Mehr als Historikergeplänkel. Die Debatte um »Das Amt und die Vergangenheit«*, in: VfZ 63 (2015), S. 59–91; Christian Mentel, *Die Debatte um »Das Amt und die Vergangenheit« und ihre Folgen*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 6.1.2018, [docupedia.de/zg/Mentel\\_debatte\\_amt\\_vi\\_de\\_2018](https://docupedia.de/zg/Mentel_debatte_amt_vi_de_2018) [20.11.2021].

sich dem Bundesministerium der Justiz (Manfred Görtemaker und Christoph Safferling, 2016),<sup>37</sup> dem Bundesministerium des Innern (Hrsg. Frank Bösch und Andreas Wirsching, 2018),<sup>38</sup> dem Reichsarbeitsministerium (Hrsg. Alexander Nützenadel 2017)<sup>39</sup> und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg. Horst Möller u. a. 2020)<sup>40</sup> widmen. Forschungen zum Gesundheits-<sup>41</sup>, Verkehrs-<sup>42</sup> und Vertriebenenministerium<sup>43</sup> sind im Gange bzw. noch nicht in Buchform erschienen. Obwohl das Bundesministerium der Verteidigung zweifellos eines der vergangen-

37 Manfred Görtemaker/Christoph Safferling, *Die Akte Rosenberg*. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.

38 Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Hüter der Ordnung*. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018.

39 Alexander Nützenadel (Hrsg.), *Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus*. Verwaltung – Politik – Verbrechen, Göttingen 2017. Aus dem Projekt zum Reichsarbeitsministerium gingen auch die Studien von Swantje Greve, *Das »System Sauckel«*. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz und die Arbeitskräftepolitik in der besetzten Ukraine 1942–1945, Göttingen 2019; Alexander Klimo, *Im Dienste des Arbeitseinsatzes*. Rentenversicherungspolitik im »Dritten Reich«, Göttingen 2018, und Henry Marx, *Die Verwaltung des Ausnahmezustands*. Wissensgenerierung und Arbeitskräfteelenkung im Nationalsozialismus, Göttingen 2019 hervor.

40 Horst Möller/Joachim Bitterlich/Gustavo Corni/Friedrich Kießling/Daniela Münkler/Ulrich Schlie (Hrsg.), *Agrarpolitik im 20. Jahrhundert*. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und seine Vorgänger, Berlin – Boston 2020.

41 Vgl. die Homepage: <https://www.ifz-muenchen.de/forschung/ea/forschung/kontinuitaeten-und-neuanfaenge-nach-dem-nationalsozialismus-das-bundesministerium-fuer-gesundheitswesen> [20.11.2021].

42 Vgl. die Homepage: [www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/das-deutsche-verkehrswesen/](http://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/das-deutsche-verkehrswesen/) [20.11.2021]. Die Vorstudie ist online: Christian Packheiser, *Aufarbeitung der Geschichte des Bundesverkehrsministeriums (BVM) und des Ministeriums für Verkehrswesen (MfV) der DDR hinsichtlich Kontinuitäten und Transformationen zur Zeit des Nationalsozialismus*, 2018, [www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user\\_upload/Forschung/BVM/Vorstudie\\_BMVI\\_IfZ.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Forschung/BVM/Vorstudie_BMVI_IfZ.pdf) [20.11.2021]. Demnächst wird eine Projektnotiz erscheinen: Heike Amos/Bernd Kreuzer/Christian Packheiser/Stefanie Palm/Niels Weise, *Das deutsche Verkehrswesen: Kontinuitäten und Transformationen zwischen NS-Staat, Bundesrepublik und DDR*. Ein Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: *VfZ* 70 (2022).

43 Vgl. die Homepage: [www.geschichte-vertriebenenministerium.de/](http://www.geschichte-vertriebenenministerium.de/) [20.11.2021], sowie Jan Ruhkopf, *Tagungsbericht: NS-Belastung zentraler deutscher Behörden*. Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 1949–1969, 19.1.2018–20.1.2018 Tübingen, in: *H-Soz-Kult*, 12.3.2018, [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7596](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7596) [20.11.2021].

heitspolitisch interessantesten Ressorts darstellt, wurde ein Forschungsvorhaben zur Geschichte des Ministeriums erst im Jahr 2020 gestartet.<sup>44</sup> Zwei Projekte zum Bundeskanzleramt haben den Rahmen der Auftragsforschung verlassen und finanzieren sich über eingeworbene Fördermittel der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.<sup>45</sup> Im Hinblick auf Bundesoberbehörden sei auf die vorliegenden Studien zum Bundeskriminalamt, zum Verfassungsschutz und zur »Organisation Gehlen« verwiesen.<sup>46</sup> Eine Aufarbeitungsforschung zur frühen Geschichte von DDR-Ministerien, die in vielerlei Hinsicht ganz andere Voraussetzungen und Strukturen als in der Bundesrepublik aufweisen, hat ebenfalls bereits

- 44 Das Projekt befasst sich mit der Geschichte des Ministeriums von 1955 bis 1990. Vgl. [www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/zentrum-militaergeschichte-sozialwissenschaften/zmsbw-forschung-nuebel-bmvg-3210500](http://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/zentrum-militaergeschichte-sozialwissenschaften/zmsbw-forschung-nuebel-bmvg-3210500) [15.10.2021]. Bereits erschienen ist eine Studie zur Generalität: Thorsten Loch, *Deutsche Generale 1945–1990. Profession – Karriere – Herkunft*, Berlin 2021. – Angemerkt sei, dass mehrere wichtige Mitarbeiter des Atom- und Forschungsministeriums wie Josef Brandl und Wolfgang Cartellieri über das Verteidigungsministerium ins damalige BM für Atomfragen gelangt sind. Vgl. unten S. 319–323 und S. 345f.
- 45 Das Projekt »Das Kanzleramt – Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit« wird gemeinsam vom IfZ München – Berlin und vom ZZf Potsdam bearbeitet. Vgl. Nadine Freund/Johannes Hürter/Eszter Kiss/Christian Mentel/Thomas Raithel/Martin Sabrow/Thomas Schaarschmidt/Gunnar Take/Annette Vowinkel, *Das Kanzleramt – Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit*. Ein Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte und des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung, in: VfZ 67 (2019), S. 307–319. Vgl. auch die beiden Projekthomepages: [www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/bundeskanzleramt/](http://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/bundeskanzleramt/), und [zzf-potsdam.de/de/forschung/linien/aufarbeitung-der-nachkriegsgeschichte-des-bundeskanzleramts](http://zzf-potsdam.de/de/forschung/linien/aufarbeitung-der-nachkriegsgeschichte-des-bundeskanzleramts) [jeweils 22.11.2019]. Die Projektergebnisse werden 2023 in einem gemeinsamen Band vorgelegt. – Das Projekt »Kontaktzone Bonn: Praktiken öffentlicher Kommunikation und Verlautbarung in der frühen bundesrepublikanischen Mediendemokratie (1949–1969)« ist an der Universität Siegen angesiedelt; vgl. die Homepage: [www.uni-siegen.de/start/news/forschungsnews/779319.html](http://www.uni-siegen.de/start/news/forschungsnews/779319.html) [20.11.2021].
- 46 Imanuel Baumann/Herbert Reinke/Andrej Stephan/Patrick Wagner, *Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik*, Köln 2011; Constantin Goschler/Michael Wala, »Keine neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015, Agilolf Keßelring, *Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen, 1949–1953*, Marburg 2014; Gerhard Säler, *Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«*, Berlin 2016.

eingesetzt.<sup>47</sup> Angemerkt sei, dass neben den großen Studien auch eine ganze Reihe von Tagungsbänden sowie zahlreiche Zeitschriftenaufsätze vorliegen, die sich mit der Thematik beschäftigen.<sup>48</sup>

Die bisherigen Studien zur Nachkriegsgeschichte bzw. zu den NS-Belastungen bundesdeutscher Institutionen besitzen methodisch ein hohes Maß an Pluralität, was auch zur Folge hat, dass der direkte Vergleich oft schwerfällt. Dennoch zeichnen sich im Hinblick auf die Bundesministerien bereits einige allgemeine Erkenntnisse ab: So stieg – was keineswegs überraschend ist – der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder auf der Ebene des ministeriellen Führungspersonals im Laufe der 1950er Jahre auf Werte von 65 bis 80 Prozent; im Laufe der 1960er Jahre sanken die Prozentzahlen dann ab.<sup>49</sup> Deutlich wird auch, dass bei der Rekrutierung von Führungspersonal fachliche Qualifikationen und persönliche Beziehungen in der Regel wichtiger waren als Bedenken wegen einer personellen NS-Belastung. Die bloße NSDAP-Mitgliedschaft bildete kein grundsätzliches Hindernis für den Eintritt in den bundesdeutschen Ministerialdienst.<sup>50</sup> Unmittelbare personelle Kontinuitäten zwischen NS-Vorgängerministerien und den entsprechenden Bundesministerien waren – mit Ausnahme des Auswärtigen Amtes – wohl eher schwach ausgeprägt. Allerdings stammte in den 1950er und 1960er Jahren ein hoher Anteil der bundesdeutschen Ministerialbeamten aus dem Öffentlichen Dienst der

47 So befassen sich Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter der Ordnung*, auch mit dem Innenministerium der DDR. Auch das erwähnte Projekt zum Verkehrsministerium umfasst ein Teilprojekt zur DDR. Zur vorliegenden Arbeit zum bundesdeutschen Atom- und Forschungsministerium ist eine »Parallelstudie« zur DDR in Arbeit. Vgl. dazu eine Vorstellung des Projekts unter: [www.fu-berlin.de/sites/fsed/projekte/forschung/index.html](http://www.fu-berlin.de/sites/fsed/projekte/forschung/index.html) [20.11.2021].

48 Vgl. z.B. Bundeskriminalamt Kriminalistisches Institut (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus und die Geschichte des BKA. Spurensuche in eigener Sache. Ergebnisse – Diskussionen – Reaktionen. Dokumentation des Kolloquiums zum Forschungsbericht zur BKA-Historie vom 6. April 2011, Köln 2011*; Manfred Görtemaker/Christoph Safferling (Hrsg.), *Die Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme*, Göttingen 2013; Jost Dülffer/Klaus-Dietmar Henke/Wolfgang Krieger/Wolf-Dieter Müller (Hrsg.), *Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968: Umriss und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013, Marburg 2014*; Möller/Bitterlich/Corni/Kießling/Münkel/Schlie (Hrsg.), *Agrarpolitik*, S. 426.

49 Vgl. Görtemaker/Safferling, *Akte Rosenberg*, S. 260; Irina Stange, *Das Bundesministerium des Innern und seine leitenden Beamten*, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter der Ordnung*, S. 55–121, hier S. 74f. und 106.

50 Vgl. ebenda, S. 74, 86f. und 120.

NS-Zeit und teilweise noch der Weimarer Zeit.<sup>51</sup> Der hohe Prozentanteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder in bundesdeutschen Institutionen erklärt sich demnach im Wesentlichen durch die generelle Kontinuität des Öffentlichen Dienstes von der NS-Zeit – als die Parteimitgliedschaft in diesem Sektor ab 1937 relativ häufig war – zur frühen Bundesrepublik.

Die Kontinuitätslinien des Öffentlichen Dienstes in Deutschland, die sich in den diesbezüglichen Studien von der NS-Zeit zur frühen Bundesrepublik abzeichnen, lassen sich auch im Bereich der Verwaltungskultur erkennen, d.h. in den Grundzügen der Verwaltungspraxis und des innerhalb der Institution herrschenden Selbstverständnisses.<sup>52</sup> Zu Letzterem gehören auch das charakteristische Bewusstsein eines (vermeintlich unpolitischen) Expertentums sowie ausgeprägte fachliche Loyalitäten.<sup>53</sup> Dem korrespondierte – darauf weisen vor allem auch die Studien zum Justiz- und zum Innenministerium hin – in den Institutionen der frühen Bundesrepublik ein »kommunikatives Beschweigen« der Vergangenheit«, insbesondere im Hinblick auf die Vorgeschichte der eigenen Behörde.<sup>54</sup>

Eine schwer und sicher nur sehr vorsichtig und differenziert zu beantwortende Frage ist, ob und inwieweit die eben skizzierten Kontinuitäten sich auch im fachlichen Handeln bundesdeutscher Ministerien oder anderer hoher Behörden niedergeschlagen haben. Markante Befunde wie der

51 Vgl. Stefanie Palm/Irina Stange, *Vergangenheiten und Prägungen des Personals des Bundesinnenministeriums*, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter der Ordnung*, S. 122–181, hier S. 124 und 129f.; Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, *Das Amt*, S. 492.

52 Diese abstrakte Definition des komplexen Begriffs der »Verwaltungskultur«, der seit einiger Zeit in den Verwaltungswissenschaften eine zentrale Kategorie darstellt, ist angelehnt an Frank Bösch/Andreas Wirsching, *Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Hüter der Ordnung*, S. 13–26, hier S. 17. Generell zur Thematik vgl. Klaus König (Hrsg.), *Grundmuster der Verwaltungskultur. Interdisziplinäre Diskurse über kulturelle Grundformen der öffentlichen Verwaltung*, Baden-Baden 2014.

53 Vgl. Frieder Günther/Lutz Maeke, *Unpolitischer Beamter versus »Berufsrevolutionär«*. Traditionen, Ideen, Selbstverständnis, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter der Ordnung*, S. 267–285, hier S. 267–272. Die primär fachlichen Loyalitäten von Luftfahrtexperten der NS-Zeit, die später führende Positionen in diversen bundesdeutschen Ministerien bekleideten, betonte Helmuth Trischler, *NS-Vergangenheit und Zukunftsorientierung in der deutschen Luftfahrtforschung*, unveröff. Vortrag auf dem Workshop »Zukunftsorientierung und NS-Vergangenheit. NS-Belastungen im bundesdeutschen Atom- bzw. Forschungsministerium, 1955–1972«, München 2017.

54 Görtemaker/Safferling, *Akte Rosenberg*, S. 177. Vgl. auch unten S. 162 zu dem von Hermann Lübke geprägten Begriff des »kommunikativen Beschweigens«.

Umstand, dass im Bundeskriminalamt dieselbe Person als »Zigeunerexperte« tätig war, die bereits in der NS-Zeit »als Beamter des Reichskriminalpolizeiamtes und regionaler Kripostellen an der genozidalen Politik gegenüber Sinti und Roma beteiligt gewesen« war,<sup>55</sup> sind bislang die Ausnahme. Fachliche Kontinuitätslinien zeichnen sich am ehesten noch beim Bundeskriminalamt sowie beim Verfassungsschutz und bei der »Organisation Gehlen« ab.<sup>56</sup> Eine Prägung des ministeriellen Verwaltungshandelns durch die nationalsozialistische Vergangenheit von Ministerialbeamten oder durch eine spezifische NS-geprägte Ressorttradition ist nur schwer nachweisbar. Durchaus erkennbar ist hingegen im Bundesinnenministerium ein Agieren, das sich von einer nationalistischen Grundüberzeugung ableitet.<sup>57</sup> Deren Wurzeln aber liegen weit vor der NS-Zeit.

Die neuere bundesdeutsche »Aufarbeitungsforschung« hat neben inhaltlichen Ergebnissen auch eine Schärfung des methodischen Bewusstseins erbracht. Dies gilt zunächst für die Eruiierung von ministeriellen Personalakten, die oftmals noch gar nicht an das Bundesarchiv abgegeben waren. Intensive Recherchen haben hier – auch im Falle des Atom- und Forschungsministeriums – zu Aktenfunden geführt, die es ohne die jüngste Aufarbeitungsforschung nicht gegeben hätte. Viel diskutiert wurden in der Forschung die Konzentration auf personengeschichtliche Zugänge und die Erfassung »formaler NS-Belastungen« wie insbesondere die ehemalige Mitgliedschaft in der NSDAP. Einwände gegen eine »Nazi-Zählerei« scheinen insofern nicht unberechtigt, als die Gefahr besteht, in statistischen Analysen steckenzubleiben, die letztlich wenig Aussagekraft und Innovationswert besitzen.

Allerdings wurde mit Recht darauf hingewiesen, dass eine Mitgliedschaft in der NSDAP und ein hoher Prozentsatz ehemaliger Parteianghöriger in bundesdeutschen Behörden keineswegs bagatellisiert werden sollten.<sup>58</sup> Dies gilt umso mehr, als die Aufnahme in die NSDAP einer klaren Willensbekundung mit eigenständiger Unterschrift bedurfte und streng

55 Vgl. Baumann/Reinke/Stephan/Wagner, Schatten der Vergangenheit, S. 313.

56 Vgl. z. B. auch ebenda. S. 288–296, zum zeitweisen Fortleben des Konzepts vom »Berufs- und Gewohnheitsverbrecher«; zum Fortwirken des Feindbildes von der »Roten Kapelle« beim Verfassungsschutz und bei der Organisation »Gehlen« vgl. Goschler/Wala, »Keine neue Gestapo«, S. 112–122; Sälter, Phantome des Kalten Krieges.

57 Vgl. Günther/Maeke, Unpolitischer Beamter, S. 274f.

58 Vgl. Bösch/Wirsching, Einleitung, S. 21. Vgl. auch Sven Felix Kellerhoff, Die Erfindung des Karteimitglieds. Rhetorik des Herauswindens: Wie heute die NSDAP-Mitgliedschaft kleingeredet wird, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 167–180.

reguliert war, und es seit Mai 1933 massive Beschränkungen der Eintrittsmöglichkeiten gab.<sup>59</sup> Insgesamt wuchs die Zahl der Parteimitglieder daher nur in begrenztem Maße: Im Jahr 1939 waren gut 8 Prozent der reichsdeutschen Bevölkerung und knapp 12 Prozent der altersmäßig und rasseideologisch zum Parteieintritt Berechtigten NSDAP-Mitglieder.<sup>60</sup> Angesichts des geringen Anteils von weiblichen Mitgliedern – 1939 waren es rund 9 Prozent<sup>61</sup> – bedeutet dies, dass der Anteil der in die Partei eingetretenen Männer bei rund 15 Prozent der männlichen Reichsbevölkerung und bei gut 20 Prozent der zum NSDAP-Eintritt berechtigten Männer lag.<sup>62</sup> Eine Parteizugehörigkeit stellte somit auch für Männer insgesamt eher eine Ausnahme dar. Auch vor diesem Hintergrund scheint uns eine möglichst genaue Erfassung des Anteils ehemaliger NSDAP-Mitglieder für jede zu untersuchende Behörde der frühen Bundesrepublik unabdingbar.

Darüber hinaus wird von uns bei der Untersuchung personaler NS-Belastungen in den Kapiteln IV und V auch ein individualisierender Zugang gewählt.<sup>63</sup> Hier stellt sich ein weiteres methodisches Problem: Kann ein einzelner Beamter, dessen Biographie näher betrachtet wird, als repräsentativ für das untersuchte Ministerium gelten? Dass ein derartiger Repräsentativitätsanspruch angesichts einer komplexen Sozial- und Altersstruktur des ministeriellen Führungspersonals und vor allem angesichts einer zu einzelnen Personen sehr ungleichen Quellenlage allenfalls annähernd erfüllt werden kann, liegt auf der Hand. Bei der Auswahl der Personen für

59 Vgl. generell: Jürgen W. Falter, *Wer durfte NSDAP-Mitglied werden und wer musste draußen bleiben?*, in: ders. (Hrsg.), *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, Frankfurt a.M. – New York 2016, S. 15–37. Vgl. auch die genaueren Ausführungen unten S. 202f. und 211f. Zum gesamten Fragenkomplex der NSDAP-Mitgliedschaft vgl. auch den Überblick in: ders., *Die Mitglieder der NSDAP 1925–1945. Junge Kämpfer – alte Opportunisten*, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* 28 (2016), S. 35–63.

60 Eigene Berechnung aufgrund folgender Angaben: 6,6 Millionen Parteimitglieder und knapp 80 Millionen Einwohner 1939, davon ca. 70% zum Parteieintritt berechtigt. Zu den Daten vgl. Tabelle in Jürgen W. Falter/Kristine Khachatryan, *Wie viele NSDAP-Mitglieder gab es überhaupt und wie viele davon waren überzeugte Nationalsozialisten?*, in: Falter (Hrsg.), *Junge Kämpfer*, S. 177–195, hier S. 187; Evelyn Otto, *Beitritte und Mitgliederstruktur in Zeiten der Aufnahmesperre*, in: ebenda, S. 245–269, hier S. 250.

61 Ebenda, S. 264. Bis 1944 stieg der Anteil dann auf 14%.

62 Eigene Berechnungen aufgrund der eben genannten Zahlen.

63 Zum methodischen Kontext der in den letzten Jahrzehnten intensivierten Biographieforschung vgl. Volker Depkat, *Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts*, München 2007, S. 48f.

die Detailskizzen in Kapitel V wurde dennoch eine Reihe von Kriterien angelegt, die zumindest eine gewisse Repräsentativität sichern sollten.<sup>64</sup>

Weitere methodische Aspekte der Aufarbeitungsforschung, die für unsere Untersuchung von Bedeutung sind, liegen in Ansätzen zur Differenzierung und Historisierung des Belastungsbegriffs (vgl. hierzu Kap. I.3), in der bereits angedeuteten Ausdehnung des Kontinuitätsbegriffs auf die Zeit vor 1933, im Forschungsinteresse für Fragen der Verwaltungskultur<sup>65</sup> sowie in der Ergänzung der »Aufarbeitung« durch die Frage, warum trotz aller NS-Belastungen die Begründung und Festigung der bundesdeutschen Demokratie letztlich erfolgreich war.<sup>66</sup>

Kontextuell bedeutsam für die vorliegende Studie – dies ist der dritte große Bereich unserer Literaturliste – sind Arbeiten zu »Vorläuferinstitutionen«<sup>67</sup> des Atom- und Forschungsministeriums in der NS-Zeit sowie zu Fragen der Atom- und Luftfahrtforschung und der generellen Forschungsförderung bis 1945.<sup>68</sup> Relevant waren ebenso zahlreiche Forschungsarbeiten und Nachschlagewerke, die biographische Informationen zu einzelnen ministeriellen Führungspersonen bieten oder die zur

64 Vgl. ausführlich unten S. 285f.

65 Vgl. oben S. 25.

66 Vgl. generell zu der Thematik v.a. Ulrich Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002. Vgl. allerdings auch die Kritik am erfolgsgeschichtlichen Konzept der »Demokratisierung« in Weinke, »Alles noch schlimmer als ohnehin gedacht«?

67 Vgl. unten S. 45–54.

68 Bereits erwähnt wurde die Studie zum RM für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: Nagel, *Hitlers Bildungsreformer. – Zur Atomforschung* vgl. v.a. Mark Walker, *Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe*, Berlin 1990; Rainer Karlsch, *Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche*, München 2005; ders./Heiko Petermann (Hrsg.), *Für und Wider »Hitlers Bombe«. Studien zur Atomforschung in Deutschland*, Münster u.a. 2007; Mark Walker, *Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik*, in: Maier, Helmut (Hrsg.), *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*, Göttingen 2007, S. 352–394; Paul Lawrence Rose, *Heisenberg und das Atombombenprojekt der Nazis*, Zürich – München 2001; Cathryn Carson, *Heisenberg in the Atomic Age. Science and the Public Sphere*, Cambridge u.a. 2010. – Zur Luftfahrtforschung vgl. v.a. Helmut Maier, *Luftfahrtforschung im Nationalsozialismus*, in: Trischler, Helmuth/Schrogl, Kai-Uwe/Kuhn, Andrea (Hrsg.), *Ein Jahrhundert im Flug. Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland, 1907–2007*, Frankfurt a.M. u.a. 2007, S. 104–122; Trischler, *Luft- und Raumfahrtforschung, sowie Lutz Budraß, Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland, 1918–1945*, Düsseldorf 1998.

Kontextualisierung der Lebensläufe oder auch des Umgangs mit personellen NS-Belastungen beitragen.

### 3. Der Begriff der »NS-Belastung«

Der schillernde Begriff der »NS-Belastung«,<sup>69</sup> der in der Regel auf den Aspekt der *personellen* Belastung bezogen wird, steht im Zentrum der meisten neueren Forschungen zur NS-Vergangenheit bundesdeutscher Institutionen. Um mit dem Begriff sinnvoll umgehen zu können, ist es hilfreich, zunächst einige begriffliche und kategoriale Klärungen durchzuführen.

Das deutsche Wort der Belastung umfasst in seiner Grundbedeutung – »das Belasten, das Belastetsein«<sup>70</sup> – immer zwei Aspekte. Dies ist zum einen der passive inhaltliche Bezug, d.h. die Frage, womit jemand oder etwas belastet ist. Ein bestimmter Sachverhalt bildet dabei das Dativ-Objekt der Belastung: also belastet mit dem Vorwurf einer Straftat, einem psychischen Problem oder einer schwierigen sozialen Situation, um Beispiele aus der gegenwärtigen Alltagssprache anzuführen. Zum anderen wird der transitive Akt des »Belastens« evoziert, der von demjenigen ausgeht, der die Belastung vornimmt oder thematisiert. Der zweite Aspekt des Belastungsbegriffs ist somit an ein urteilendes Subjekt gebunden, also zum Beispiel jemand, der über eine schwierige psychische Situation spricht oder ein Zeuge, der einen Angeklagten mit dem Vorwurf einer Straftat belastet. Spiegelbildlich hierzu steht der Begriff der Entlastung, der vor allem – aber nicht nur – auf dem juristischen Feld üblich ist.

Was den Begriff der NS-Belastung anbelangt, so lassen sich aus geschichtswissenschaftlicher Sicht unterschiedliche zeitliche Konstellationen der Belastung erkennen: die in jeweils der betrachteten historischen Epoche liegende und die in der Gegenwart der Historikerin und des Historikers formulierte Belastung. Zwischen beiden Perspektiven kann es teils erhebliche Differenzen geben. Die in der Literatur häufig zu findende Forderung nach einer »Historisierung« des Belastungsbegriffs zielt

69 Die folgenden Ausführungen konnten von den Hinweisen und Anmerkungen im Rahmen des Workshops »Netzwerke und NS-Belastung zentraler deutscher Behörden« profitieren, den das Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde am 16./17.11.2018 in Tübingen ausgerichtet hat. In diesem Zusammenhang danken wir Mathias Beer, Frank Bösch, K. Erik Franzen, Johannes Großmann, Melanie Hembera, Helge Heydemeyer, Thorsten Holzhauser, Reinhard Jöhler, Maren Röger, Jan Ruhkopf, Michael Schwartz und Irina Stange.

70 [www.duden.de/rechtschreibung/Belastung](http://www.duden.de/rechtschreibung/Belastung) [20.11.2021].